

BBW *Magazin*

11

November 2025 ■ 77. Jahrgang



Monatszeitschrift
BBW –
Beamtenbund
Tarifunion

Von der Politik im Land

Ein deutliches „Ja“ zum Beamtentum

Seite 4 <

Fraktionsübergreifen-
des Bekenntnis zum
Berufsbeamtentum –
doch BBW-Forderungen
bleiben

Der Beamtenbund: Spitze für den öffentlichen Dienst.



Der BBW – Beamtenbund Tarifunion ist die starke Gewerkschaftsvertretung für Ihre Interessen und Ihre Rechte. Solidarisch, kompetent und erfolgreich. Werden Sie jetzt Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft – wie mehr als 140.000 Beamte und Tarifbeschäftigte im Südwesten.

BBW – weil Stärke zählt.



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart
Telefon 0711/16876 - o · Telefax 0711/16876 - 76
bbw@bbw.dbb.de · www.bbw.dbb.de

> Editorial

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

beim Empfang der Personalrätinnen und Personalräte der BBW-Fachgewerkschaften im Landtag überraschte uns die Landtagspräsidentin Muhterem Aras mit ihrem eindeutigen Bekenntnis zum Berufsbeamtentum für Baden-Württemberg. In der anschließenden Podiumsdiskussion haben dann alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen dieses Bekenntnis bestätigt und bekräftigt. Allein wegen dieser Aussagen hat sich der Empfang bereits gelohnt, da insbesondere in der Bundesregierung solche eindeutigen Bekenntnisse zum Berufsbeamtentum derzeit eher selten zu hören sind. Die Vorschläge eines Carsten Linnemann (CDU), nur noch in hoheitlichen Bereichen zu verbeamten und insbesondere bei den Lehrkräften den Beamtenstatus zu versagen, lehnen wir kategorisch ab. Bildung ist eine hoheitliche Aufgabe, deren Bestand gewährleistet sein muss und nicht durch Streiks im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen flächendeckend und fortdauernd gefährdet werden sollte. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, dass entsprechende Versuche in Schleswig-Holstein oder in den neuen Bundesländern kläglich gescheitert sind. Herrn Linnemann möge man bitte zurufen: „Wer nicht aus der Geschichte lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

Der Vorschlag von Bärbel Bas (SPD), die Beamtenschaft und die Versorgungsempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen, beschäftigt uns ebenfalls seit Monaten. Diese Idee, die auch in den Wahlprogrammen der Grünen, der SPD und der Linken wiederzufinden ist, würde

das Gesundheitssystem jedoch ganz erheblich belasten.

Denn die derzeitige Finanzierung der medizinischen Versorgung durch private Krankenversicherungen (PKV) ist ein wichtiger Bestandteil der finanziellen Stabilität im Gesundheitswesen. Laut Zahlen des PKV-Verbands (Verband der Privaten Krankenversicherung e. V.) ist der Mehrumsatz durch Privatpatientinnen und Privatpatienten von 2022 auf 2023 auf insgesamt 14,5 Milliarden Euro gestiegen. Für Baden-Württemberg bedeutet dies für jede Arztpraxis eine durchschnittliche Mehreinnahme von mehr als 84.000 Euro jährlich – Einnahmen, die verloren gingen, wenn Privatversicherte künftig gleichgestellt oder in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) eingegliedert würden.

Der sogenannte Mehrumsatz beschreibt den Betrag, den das Gesundheitssystem verlieren würde, wenn für Privatversicherte medizinische Leistungen entsprechend abgerechnet würden wie für gesetzlich Versicherte. Aktuell sind etwa 10,4 Prozent der Krankenversicherten in Deutschland privat versichert. Diese Versicherungsform trägt jedoch erheblich zur Finanzierung der ambulanten Versorgung bei: Mit rund 21,4 Prozent der Beiträge leisten privat Versicherte einen bedeutenden Anteil an der ambulanz-ärztlichen Versorgung.

Ohne die Mehreinnahmen durch privat versicherte Patientinnen und Patienten würden viele Praxen in ihrer finanziellen Stabilität gefährdet. Das könnte zu einer Einschränkung der Versorgung oder zu Wartelisten führen – zulasten aller

Patientinnen und Patienten. Es ist daher notwendig, diese finanziellen Zusammenhänge zu berücksichtigen und sich klar gegen eine einheitliche Versicherungslösung auszusprechen, die unseren solidarischen Versorgungssystemen schaden könnte.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das bewährte duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung erhalten bleibt. Es ist eine wichtige Säule für Qualität, Innovation und Vielfalt im Gesundheitswesen. Nur mit einer klaren Position für den Erhalt unseres dualen Systems können wir gewährleisten, dass die Versorgungssituation auch in Zukunft stabil und qualitativ hochwertig bleibt.

Auch die zweite Idee von Bärbel Bas, die Beamtenschaft in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, hilft nicht, deren finanzielle Probleme zu lösen. Aus dem Sachverständigenrat Wirtschaft hört man hierzu: „Wenn wir zwei Alterssicherungssysteme zusammenführen, die beide nicht ordentlich vorfinanziert sind, dann kommt da nirgendwo zusätzliches Geld ins Spiel.“ Den Vorteil, dass dann mehr Beitragszahler Einnahmen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, wird vom Nachteil, dass der Dienstherr dann auch zusätzlich Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung seiner Beamtenschaft einzahlen muss, zumindest zum Teil wieder kompensiert. Wenn die Beamtenschaft dann netto nicht deutlich weniger verdienen soll, was anscheinend weder das Ziel noch umsetzbar wäre, müsste der Dienstherr sogar noch zusätzlich die Arbeitnehmeranteile zur Rentenversicherung übernehmen. Berücksichtigt man jetzt noch, dass laut Statistik die Beamtinnen und Beamten im Schnitt länger leben, würde das die Rentenkasse sogar zusätzlich belasten.

Fakt ist zudem, dass die gesetzliche Rentenversicherung durch Steuern deutlich bezuschusst wird. Im Jahr 2025 flossen 123 Milliarden Euro Steuereinnahmen in die gesetzliche Rentenversicherung. Steuern, die auch von Beamtinnen und Beamten sowie von



© SWR

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gezahlt werden, obwohl sie keinerlei Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber trotzdem zur Subventionierung des Systems beitragen.

Beide Vorschläge von Bärbel Bas waren nicht neu, wurden aber dennoch mit Vehemenz vorgetragen und finden gesellschaftspolitisch immer wieder Anklang. Wir werden deshalb weiterhin wachsam sein und uns für die Interessen unserer Mitglieder und der Allgemeinheit einsetzen. Wir tun dies mit Fakten und Zahlen und eben nicht nur einer gefühlten Gerechtigkeit wegen, die niemandem Vorteile bringt.

Die aktuelle Steuerschätzung von Ende Oktober beschert dem Finanzministerium Baden-Württemberg ein unerwartetes Plus von 1,5 Milliarden Euro an Steuereinnahmen für 2025 und 2026 (verglichen mit der für den Doppelhaushalt maßgeblichen Steuerschätzung von Oktober 2024). Ein wichtiges Signal in Richtung Wirtschaft und Politik, aber auch für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, insbesondere für die anstehenden Tarifverhandlungen der Länder (TV-L) und die Übertragung des dann erzielten Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft und den Versorgungsbereich.

Herzliche Grüße

Ihr

Kai Rosenberger
Kai Rosenberger

In dieser Ausgabe

Landtagspräsidentin Muhterem Aras empfängt BBW-Personalrätinnen und -Personalräte mit klarem Bekenntnis „pro Beamtentum“ 4

3. Parlamentarischer Abend des BBW fand großen Anklang 6

Widersprüche zur amtsangemessenen Alimentation 7

BBW beim Bund der Steuerzahler Deutschland (BdSt) 8

BBW gratuliert Landrat Dr. Achim Brötel 9

Tierärztinnen und -ärzte im öffentlichen Dienst: zwischen überforderten Landwirtschaftsbetrieben und Tierseuchen 10

Landesrealschultag mit Wiederwahl und Volksantrag 12

BBW-Chef bei der Arbeitstagung des Regierungsbezirksverbands Tübingen: In der PKV stehen Beitragserhöhungen ins Haus 14

Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) in Karlsruhe 14

> Impressum

Herausgeber: BBW – Beamtenbund Tarifunion, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.
Vorsitzender: Kai Rosenberger, Zimmern. **Stellvertretende Vorsitzende:** Jörg Feuerbacher, Calw; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Alexander Schmid, Immenstaad; Tina Stark, Bodman-Ludwigshafen; Eberhard Strayle, Gerlingen
Schriftleitung: „BBW Magazin“: Kai Rosenberger, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier und Stefanie Rühle-Knust, Stuttgart
Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de. **Postanschrift:** Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des BBW – Beamtenbunds Tarifunion ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.
Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Versandort: Geldern.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern.
Titelfoto: © dony/AdobeStock
Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.
Anzeigenleitung: Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32, **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de
Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, **Preisliste** 42, gültig ab 1.1.2025. **Druckauflage:** 50.000 (IVW 3/2025).

ISSN 1437-9856



Landtagspräsidentin Muhterem Aras empfängt BBW-Personalrätinnen und -Personalräte mit klarem Bekenntnis „pro Beamtentum“

Berufsbeamtentum als „Rückgrat einer funktionierenden Demokratie“

Mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BBW-Mitgliedsorganisationen und -verbände folgten am 7. Oktober 2025 der Einladung von Landtagspräsidentin Muhterem Aras in den Stuttgarter Landtag – und erlebten bei der Diskussionsrunde mit Abgeordneten der Landtagsfraktionen vor Ort ein überraschend deutliches, fraktionsübergreifendes Bekenntnis zum Berufsbeamtentum.

„Willkommen im Landtag von Baden-Württemberg, der Herzkammer der Demokratie“, begrüßte Landtagspräsidentin Muhterem Aras die zahlreichen Gäste – und führte in ihrer Begrüßungsrede ebenso eindrucksvoll wie deutlich aus, dass die Anwesenden in ihren Augen aus genau diesem Grund am richtigen Ort waren. Denn welche Bedeutung das Berufsbeamtentum für eine Demokratie einnimmt, das sehe man derzeit in den USA, wo seit Donald Trumps Amtsantritt „mehr als 200.000“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Staatsdienst entlassen worden seien. „Ganze Bereiche und Institutionen“ würden ausgedörrt. Das Wissen, das damit verloren gehe, „lässt sich kaum beziffern“, so Aras. Noch sei man hierzulande „weit weg“ von amerikanischen Verhältnissen und sie werde auch „alles tun“, damit

das so bleibe. Einen wesentlichen Beitrag leiste dazu das Berufsbeamtentum, das fest in der Verfassung verankert sei – als „Rückgrat einer funktionierenden Demokratie“. Die Vorgänge in den USA seien auch ein Grund, warum Aras „undifferenzierten Rufen nach einer Verkleinerung der Beamten-



> BBW-Chef Kai Rosenberger war vom fraktionsübergreifenden Bekenntnis zum Berufsbeamtentum „positiv überrascht“.



© Landtag BW/Leif-Hendrik Piechowski (5)

> Landtagspräsidentin Muhterem Aras betonte die große Bedeutung, die Beamtinnen und Beamten in einer Demokratie zukommt.

schaft hierzulande“ skeptisch gegenüberstehe.

> **Beamtenstatus „kritisiert und torpediert“**

Positiv überrascht von dem unerwartet herzlichen Empfang reagierten die Anwesenden ebenso wie die BBW-Spitze rund um Landesvorsitzenden Kai Rosenberger. Schließlich gehörte das landes- und bundesweite „Beamtenbashing“ in Presse und Politik in den letzten Monaten fast schon zum guten Ton. „Der Beamtenstatus wird derzeit ohne Unterbrechung kritisiert und torpediert“, stellte Rosenberger bei seiner Begrüßungsrede dann auch fest. Deshalb bedankte er sich bei Muhterem Aras nicht nur dafür, „dass Sie mit diesem Empfang zumindest heute kurzzeitig den Fokus auf den



> Moderator Axel Graser (rechts) begleitete die angeregten Gespräche der BBW-Landesleitung mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

öffentlichen Dienst und dessen Personalvertretungen richten“. Er stellte auch fest: „Ihr Statement zum Berufsbeamtentum teile ich eins zu eins.“ Die Personalratsarbeit sei „Garant und wichtiger Teil der demokratischen Mitbestimmung“.

► **Ausdruck der Wertschätzung**

Bereits seit 2013 lädt die Landespräsidentin oder der Landtagspräsident „die Personalrätinnen und Personalräte der BBW-Familie in den Landtag ein. Ein Stück weit aus lieb gewordener Tradition, vor allem aber als Ausdruck der Wertschätzung gegenüber ihrer Tätigkeit“, so Rosenberger. Er begrüßte „mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen aus den Personalvertretungen aus Schulen und Schulämtern, aus Finanzämtern, Justizvollzugsanstalten, von der Polizei, den Ministerien“ und vielen anderen Bereichen. An sie wandte sich der BBW-Chef mit dem Statement: „Öffentlicher Dienst bedeutet Loyalität, Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit in vielen Aufgabenfeldern im Alltag der Menschen!“ Dies gelte umso mehr, als dass Veränderungen „das neue ‚Normal‘“ seien: „Sie kommen immer schneller“, meinte Rosenberger.

► **Fraktionsübergreifendes Bekenntnis: pro Berufsbeamtentum**

Als Moderator des Abends traf Axel Graser, ehemaliger Studioleniter des Südwestrundfunks in Stuttgart, den richtigen Nerv bei den Anwesenden. So stellte er gleich zu Beginn fest: „Berufspolitisch liegt einiges auf dem Tisch“ und meinte, an die Gäste gewandt: „Es lohnt sich, dass Sie heute gekommen sind.“ Viel Zustimmung und unerwartetes Schmunzeln erntete er mit seinen pointierten Fragen an die Diskussionsteilnehmer Kai Rosenberger, Alexander Salomon von den Grünen, CDU-Land-



► Gute Gespräche rund um die Podiumsdiskussion waren das i-Tüpfelchen der Veranstaltung. Das meinten auch der stellvertretende BBW-Landesvorsitzende Alexander Schmid und BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth.

tagsabgeordneter Christian Gehring, SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch, FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rülke und AfD-Landtagsabgeordneter Dr. Rainer Balzer. Die Themenpalette reichte dabei vom Lebensarbeitszeitkonto bis zur gegenwärtigen Neiddebatte.

zum Beamtentum“ ab. Stoch wies ebenfalls auf die Bedeutung der Beamtinnen und Beamten „für einen funktionierenden Staat, für eine gerechte Gesellschaft“ hin. Rülke plädierte zwar für eine „Entbürokratisierung“, allerdings ohne „Angriff auf Beamte, die ihren Dienst verrichten“. Salomon

berger den Finger in die Wunde: „Noch immer arbeiten die Beamtinnen und Beamten 41 Stunden pro Woche. Und noch immer bilden wir diesbezüglich das Schlusslicht aller 16 Bundesländer“, meinte der BBW-Chef. Weiter führte er aus: „Selbst die 39,5 Wochenstunden der Tarifbeschäftigten sind zu viel, wenn man bedenkt, dass 650.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen und die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen deren Arbeit zusätzlich mitverrichten müssen.“ Der BBW bekomme zu keinem anderen Thema „so viele Zuschriften wie zur Arbeitszeit“. Positiv bewertete Rosenberger, dass der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit von Schwerbehinderten für den Bereich des Arbeitgeberverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden konnte: „Damit ist die



► Axel Graser sprach bei der Podiumsdiskussion das „Beamtenbashing“ der letzten Monate an – und erhielt von allen das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum.

Graser stellte dabei fest: „So deutlich“, wie Landtagspräsidentin Aras das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum formuliert habe, werde es „gerade draußen“ nicht artikuliert – und bat die anwesenden Abgeordneten, in dieser Hinsicht Farbe zu bekennen. Im Landtag legte Christian Gehring dann auch ein „klares Bekenntnis

von den Grünen fasste das Bekenntnis pro Berufsbeamtentum als Fazit zusammen: „Von uns allen hier oben als Natürlichstes der Welt.“

► **Forderung: Lebensarbeitszeitkonto**

Bei einem weiteren Themenschwerpunkt legte Kai Rosen-

Altersteilzeit für Schwerbehinderte nach fünfjähriger Beschäftigung ab 55 einvernehmlich möglich.“ Doch das könne nur ein erster Schritt sein. Ein weiterer sei die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten: „Wir wissen schließlich, dass das funktionieren kann: Hessen hat das Modell“, erklärte der BBW-Chef. ■

3. Parlamentarischer Abend des BBW fand großen Anklang

Nach schwerer Kost zur Begrüßung folgten verbindliche gute Gespräche

Die Zeit wird knapp. Noch für diese Legislatur hatte Grün-Schwarz die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten zugesagt. Doch bisher gibt es nicht einmal offizielle Eckpunkte. „Ein Unding“, sagt BBW-Chef Kai Rosenberger. Beim Parlamentarischen Abend seiner Organisation pochte er auf das Einlösen der gegebenen Zusage.

Es war der 3. Parlamentarische Abend, zu dem der BBW namhafte Vertreter aus Politik und Verwaltung am 15. Oktober 2025 ins „Nesenbach“ in Stuttgart eingeladen hatte. Gekommen waren viele, darunter Staatssekretär Thomas Blenke (Innenministerium), die Landtagsabgeordneten Peter Seimer (Grüne), Albrecht Schütte (CDU), SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch sowie die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Julia Goll und der FDP-Abgeordnete Timm Kern. Aus der Verwaltung waren unter den Gästen auszumachen die Präsidentin des Rechnungshofs, Cornelia Ruppert, Ministerialdirektor Heiko Engling und Ministerialdirigent Dr. Christian Järkel (beide Finanzministerium), Ministerialdirektor Reiner Moser (Innenministerium), der Tübinger Regierungspräsident Klaus Tappeser und die Präsidentin des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Anne Katrin Michalke.

■ **Lebensarbeitszeitkonto**

Mit seiner Begrüßungsansprache lieferte BBW-Chef Rosen-



> BBW-Chef Rosenberger (links) bei der Begrüßung der Gäste

berger der illustren Gästeschar reichlich brisanten Gesprächsstoff. Denn der Ärger der Beamtinnen und Beamten über eine Vielzahl von Zumutungen durch die Politik ist anhaltend groß und beschränkt sich bei Weitem nicht nur auf die Inhaltstaktik beim Lebensarbeitszeitkonto. Hessen hat bereits 2007 im Beamtenbereich Lebensarbeitszeitkonten eingeführt. Auch hierzulande habe sich der BBW schon vor vielen Jahren für eine entsprechende Regelung starkgemacht, lange Zeit vergebens, führte Rosenberger aus. Erst unter Grün-Schwarz schien man auf dem

Weg zu einer gemeinsamen Lösung, sagte er und spielte dabei auf ein Lebensarbeitszeitkontenmodell an, das als Einstieg in eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich dienen sollte. Denn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit war und ist eine Kernforderung des BBW.

Inzwischen sind Jahre ins Land gegangen. Noch in dieser Legislatur sollte das Lebensarbeitszeitkonto kommen. Die Zusage von Innenminister Thomas Strobl und den Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (Grüne) und Manuel Hagel (CDU)

beim BBW-Gewerkschaftstag 2022 steht im Raum. Sie einzulösen, bleiben Grün/Schwarz nur noch wenige Wochen. Am 8. März 2026 ist Landtagswahl. „Wir rechnen nicht mehr mit einem für uns akzeptablen Vorschlag, sollte es überhaupt noch einen geben“, sagte Rosenberger vor diesem Hintergrund.

■ **Verfassungskonforme Besoldung**

Anders sieht es beim Streit um die verfassungskonforme Besoldung aus. „Hier erwarten wir noch in diesem Jahr erste



> Die Gäste im „Nesenbach“



> Im Gespräch

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“, erklärte der BBW-Vorsitzende und informierte über den Sachstand.

Während eine Klage des BBW in dieser Angelegenheit noch in Vorbereitung ist, liegen bereits aktuell 72 Vorlagen aus



> Intensiver Gedankenaustausch

13 Bundesländern zur Überprüfung der Besoldung beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Rosenberger verwies in diesem Zusammenhang auf Ausführungen von Dr. Thorsten Schwan, einem renommierten Experten für Besoldungsrecht. Er hatte bei der Klausurtagung der Landesvorsitzenden der dbb Landesbünde im September 2025 in Karlsruhe in dieser Angelegenheit eindeutig Stellung bezogen. Nach seiner Einschätzung ist die Besoldung 2024 in allen 16 Bundesländern und auch im Bund nicht verfassungskonform, weil das Abstandsgebot von 15 Prozent zum sozialhilfrechtlichen Existenzminimum nicht eingehalten werde. Bestätigt hat er auch die Rechtsauffassung des BBW zur Einführung des fiktiven Partnerneinkommens. Diese Maßnahme sei laut Schwan eben-



© BBW (5)

> Hier wird Position bezogen.

falls verfassungswidrig. Entsprechend hatte sich bereits im Frühjahr 2025 der Verfassungsrechtler und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Udo Di Fabio, geäußert.

Nach schwerer Kost zur Begrüßung folgten einige Stunden mit guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre, wozu nicht zuletzt das „Nesenbach“, der Ort des Geschehens, entscheidend beitrug. ■

Aus der Sitzung des Landesvorstands



© BBW

Bei der Sitzung des BBW-Landesvorstands, der am 23. Oktober 2025 in Leinfelden-Echterdingen getagt hat, informierte BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger das Gremium über Gespräche der dbb Spitze mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung. Demnach steht das Berufsbeamtenum als solches nicht infrage. Allerdings wolle man sich die Versorgung und Beihilfe genauer ansehen. ■

Widersprüche zur amtsangemessenen Alimentation

Bearbeitung und Entscheidung sind angelaufen

Inzwischen sind die Bearbeitung und Entscheidung der Widersprüche angelaufen, mit denen eine nicht amtsangemessene Alimentation ab dem 1. Januar 2024 gerügt wird. Den Beginn der Bearbeitung hatte das Landesamt für Besoldung und Versorgung

am 14. Oktober 2025 auf seiner Homepage angekündigt.

Da jeder Widerspruch individuell geprüft wird, erfolgt die Bearbeitung nach Meldung des LBV sukzessive und nimmt je nach Einzelfall auch einige Zeit in Anspruch. Wie

bereits im Juli 2025 mitgeteilt, weist der BBW erneut darauf hin, dass mögliche Klageverfahren die amtsangemessene Alimentation betreffend nicht vom Dienstleistungszentrum des dbb übernommen werden. Neben den Musterklagen, die der

BBW führen wird, unterstützt der BBW auch gerne Mitglieder, die eigenverantwortlich klagen wollen, mit einem Klagemuster zur Fristwahrung. Mitglieder erhalten dieses und weitere Informationen bei ihrem unmittelbaren Mitgliedsverband.

BBW beim Bund der Steuerzahler Deutschland (BdSt)

„Es geht um die Funktionsfähigkeit des Staates“

Die Themenpalette beim Arbeitstreffen reichte von der Zahl der Beamtinnen und Beamten bis hin zur Funktionsfähigkeit des Staates.

Kontroverses, aber auch Konsens gab es am 16. Oktober, als der BdSt Baden-Württemberg den BBW-Landesvorsitzenden Kai Rosenberger, seinen Stellvertreter Eberhard Strayle und die BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth in Stuttgart begrüßte.

▣ **BBW: pro Verbeamtung von Lehrkräften**

Als eins der vielen Themen standen auch am 16. Oktober der Beamtenstatus und die Zahl der Beamtinnen und Beamten auf der Agenda. Laut BdSt-Landesvorsitzendem Eike Möller gelte es im Hinblick auf die Ausgaben, diese Zahl „gering zu halten“. Diese Forderung sei keine Stellungnahme „gegen das Berufsbeamtentum“, allerdings solle sich dies auf „hoheitliche Tätigkeiten“ beschränken.

Kai Rosenberger sprach sich im Hinblick auf die „Funktionsfähigkeit des Staates“ dagegen

explizit für die Verbeamtung relevanter Berufsgruppen – unter anderem auch von Lehrerinnen und Lehrern – aus, die wegen der Treuepflicht des Beamtenverhältnisses „auf ihr Streikrecht verzichten und weiterhin ihre Unterrichtspflicht erfüllen“. BBW-Vize Strayle ergänzte, dass „rund zehn Prozent der Stellen wegen Personalmangels“ nicht besetzt seien.

▣ **Verfassungskonforme Alimentation**

Konsens bestand zwischen BdSt und BBW darin, dass die derzeitige Regelung des Kinderzuschlags für Beamtinnen und Beamte „schwer nachvollziehbar“ sei, so BdSt-Vorsitzender Möller. BBW-Chef Rosenberger verwies auf die Notwendigkeit einer verfassungskonformen Besoldung und erläuterte in diesem Kontext das Modell in Hessen. Auch Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth beschrieb diesen Weg einer ver-



> Für den BBW argumentierten Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth, Landesvorsitzender Kai Rosenberger und sein Stellvertreter Eberhard Strayle (von links). Den BdSt vertraten die stellvertretende Landesvorsitzende und Leiterin der Abteilung Steuerpolitik, Andrea Schmid-Förster, der Landesvorsitzende Eike Möller sowie der Leiter der Haushaltsabteilung, Michael Beyer (von rechts).

fassungskonformen Besoldung, der darin bestehe, „die gesamten Besoldungstabellen gleichmäßig linear anzuheben“.

▣ **Austausch wird fortgesetzt**

Weitere Themen waren die „Sockelproblematik“ des TV-L, Unterschiede zwischen Rente

und Pension als umfassende Vollversorgung und strukturelle Einsparungen, die zu unerwarteten und unpopulären Veränderungen führen könnten. Man trennte sich mit der Zusage, den Austausch zwischen BBW und BdSt regelmäßig fortzusetzen.

Gute Gespräche beim Grünen-Landtagsfest

Unter dem Motto „Mutig miteinander für morgen“ fanden beim Grünen-Landtagsfest im Stuttgarter Landtag am

14. Oktober spannende Diskussionen statt. Von BBW-Seite dabei waren der Vorsitzende des Berufsschullehrer-



verbands, Thomas Speck, der Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Andreas Schwarz, sowie Claudia Grimm, Vorsitzende der BBW-Landesfrauenvertretung und stellvertretende Landesvorsitzende des Philologenverbands, hier neben BBW-Chef Kai Rosenberger und Cem Özdemir als Spitzenkandidat der Grünen bei der nächsten Landtagswahl. Weitere Gesprächspartner waren Manuel Schunger, Landesvorsitzender des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes, Michael Schwarz, Landesvorsitzender des Bundes

der Strafvollzugsbediensteten, Michael Spindler, Geschäftsführer und erster stellvertretender Landesvorsitzender beim Bund Deutscher Rechtspfleger, und Jan Arnold, Vorsitzender des Baden-Württembergischen Notarvereins (von links). Ebenfalls anwesend waren Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung Baden-Württemberg (VBE), sowie Andreas Krüger, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG).

BBW gratuliert Landrat Dr. Achim Brötel

Neuer Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt

Bei der 43. Landkreisversammlung wurde Landrat Dr. Achim Brötel einstimmig zum neuen Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt.

Die Wahl der Landkreisversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg fand in der Stadthalle Balingen statt. BBW-Vize Eberhard Strayle überbrachte in Vertretung des Landesvorsitzenden Kai Rosenberger vor Ort dem neuen, einstimmig gewählten Präsidenten Dr. Brötel die besten Grüße und Glückwünsche des Beamtenbundes. Im Namen des BBW dankte Strayle dem scheidenden Präsidenten des Landkreistags, Landrat Joachim Walter aus Tübingen, für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit in über zwölf Jahren. „Landrat Joachim Walter war stets ein sehr ge-

schätzter Gesprächspartner für den BBW, ein Mann, der weit über die Grenzen des Landes Baden-Württemberg Respekt und Anerkennung genoss und der für die Anliegen des BBW als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen in den Landratsämtern immer ein offenes Ohr hatte“, erklärte Strayle.

► Perspektiven für eine gute Zusammenarbeit

Der BBW-Vize gratulierte darüber hinaus dem ebenfalls neu gewählten Vizepräsidenten des Landkreistags, Günther-Martin Pauli, Landrat des Zollernalbkreises. Dieser ist



► Herzliche Glückwünsche an Landrat Dr. Achim Brötel (links) vom BBW überbrachte BBW-Vize Eberhard Strayle.

dem BBW seit vielen Jahren als Vize des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg verbunden. Dr. Brötel, der neue Präsident des Landkreistags und Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, werde die gute Zusammenarbeit mit dem BBW „sehr gerne fortsetzen“, versicherte er Strayle. In dem „leider zurzeit sehr schwierigen Umfeld“ werde ihm der BBW „sehr gerne ein konstruktiv-kritischer und verlässlicher Ansprechpartner bleiben“, so Eberhard Strayle.

Weiter führte der BBW-Vize aus: „Dank engagierter und motivierter Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes“ haben sich „die Leistungsfähigkeit und Resilienz des öffentlichen Dienstes in schwierigen Zeiten gezeigt“. Das Motto der 43. Landkreisversammlung in der Balingener Stadthalle, „Land und Landkreise – für eine gute Zukunft vor Ort“, lasse sich nur mit einem attraktiven öffentlichen Dienst mit Leben füllen, erklärte Strayle. ■



► Die 43. Landkreisversammlung in der Stadthalle Balingen wählte ihren neuen Präsidenten einstimmig.



© Andreas Krüger

Delegation aus Baden-Württemberg beim DSTG-Bundesvorstand in Berlin

Vom 8. bis 10. Oktober stand beim Bundesvorstand der DSTG im Berliner dbb forum außer aktuellen Themen auch ein Grund zum Feiern auf der Agenda. Denn bei der Jubiläumsveranstaltung hieß es „35 Jahre DSTG in den neuen Bundesländern“. Mit dabei war die Delegation aus Baden-Württemberg rund um den Bundesvorsitzenden Florian Köbler: die stellvertretende Bundesvorsitzende Margaret Horb, BBW-Chef Kai Rosenberger, die stellvertretende Landesvorsitzende und Geschäftsführerin des Bezirksverbands Baden, Michaela Mengel, der Landesvorsitzende Jochen Rupp, die stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende Bezirksverband Württemberg, Andrea Gallasch, und Andreas Krüger, Vorsitzender des DSTG-Bezirksverbands Baden und stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender (von links).



© Prof/AdobeStock

Tierärztinnen und -ärzte im öffentlichen Dienst: zwischen überforderten Landwirtschaftsbetrieben und Tierseuchen

„Die Frage ist nicht, ob etwas kommt – sondern wann!“

Dr. Christian Marquardt, Vorsitzender des Landesverbands der im öffentlichen Dienst beschäftigten Tierärzte Baden-Württemberg (LbT), über Herausforderungen bei Kontrollen, Tierschutz und Tierseuchen bei konstantem Personalmangel

„50 Stellen fehlen uns im öffentlichen Veterinärdienst in Baden-Württemberg nur dafür, die Grundversorgung und die wichtigsten gesetzlichen Aufgaben aufrechtzuerhalten – dabei sind die derzeitigen Herausforderungen immens“, beschreibt der LbT-Vorsitzende Dr. Christian Marquardt die Situation. „Insgesamt liegt das Stellendefizit im dreistelligen Bereich – und die Aufgaben nehmen jedes Jahr zu: Neue Tierseuchen stehen direkt vor unserer Haustür.

Die Frage ist nicht, ob etwas kommt, sondern wann es auftritt.“ Gleichzeitig seien laut Dr. Marquardt „immer mehr Landwirte von EU-Vorschriften überfordert. Dazu kommen Lebensmittelskandale und die gesellschaftlichen und politischen Ansprüche an den Tierschutz.“

▀ Flächendeckende Versorgung gefährdet

Für den bestehenden Stellenmangel, wie er von den Ver-

bandsbezirksgruppen Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen und Freiburg sowie vom Landesverband der Institutstierärzte Baden-Württemberg (LVIT) seit vielen Jahren bemängelt wird, sind laut dem LbT-Vorsitzenden verschiedene Faktoren ausschlaggebend. „Vielleicht ist der politische Druck nicht groß genug. Vielleicht haben wir auch zu gut gearbeitet“, meint Dr. Marquardt. Der ausbleibende Nachwuchs, der für eine Tätigkeit im amtstierärztlichen Dienst noch eine zusätzliche Ausbildung

machen muss, verstärke das grundsätzliche Problem, die flächendeckende tierärztliche Versorgung in Praxis und Amt sicherzustellen.

▀ Vom Verbraucher- bis zum Tierschutz

Spannend und vielseitig sei das Aufgabengebiet der Tierärztinnen und Tierärzte im öffentlichen Dienst nach Aussage des LbT-Vorsitzenden auf jeden Fall: „Wir sind unter anderem für den Tier- und Verbraucher-



> Der LbT-Vorsitzende Dr. Christian Marquardt beschreibt die Arbeit von Tierärztinnen und Tierärzten im öffentlichen Dienst: „Wir schützen Tiere und Menschen im großen Maßstab.“

▣ **Kleine Betriebe am Limit**

Gerade in Baden-Württemberg klein strukturierter Landwirtschaft seien laut Dr. Marquardt manche Betriebe von den wachsenden Anforderungen überfordert und schaffen es nicht, „mit politischen und gesellschaftlichen Forderungen Schritt zu halten. Da stößt man schon einmal mit der Nitratrichtlinie, dem Naturschutz oder der Qualität in Sachen Tierhaltung an seine Grenzen.“

Kommen dann private Probleme hinzu, wird es schnell kritisch. Dr. Marquardt erklärt: „Wir als zuständige Tierschutzbehörde müssen uns dort Zutritt verschaffen und stellen all diese Mängel fest.“ Für den Betrieb sei das ein erhebliches Druckmoment, „die Reaktionen fallen dann teilweise heftig aus. Der Ton gegenüber den Kolleginnen und Kollegen wird rauer. Bislang waren es nur Einzelfälle, das ändert sich aber zunehmend“, meint der LbT-Chef. Dabei seien sie „nur der Überbringer schlechter Nachrichten, während das eigentliche Problem anderswo liegt“. Nach seiner Meinung ist der vom Land einberufene runde Tisch mit den Landwirtschaftsverbänden und weiteren Ansprechpartnern aus diesem Bereich ein wichtiger erster Schritt, der aber konkrete Ergebnisse erbringen muss.

▣ **Lösungsansätze „mit der Politik“**

Der LbT fordert aufgrund aktueller Entwicklungen mehr Handlungsspielraum für die

Veterinärverwaltung, um den Problemen vor Ort mit Augenmaß begegnen zu können. Ergänzend seien neben Schulungen zu aktuellen fachlichen Entwicklungen zunehmend auch geeignete Fortbildungen zu Themenbereichen wie Arbeitssicherheit und Deeskalation wichtig. „Doch solche Fortbildungen kosten – und das bei knappen Kassen“, so der LbT-Vorsitzende. „Wir müssen in vielen Bereichen am Ball bleiben. Doch wir können nur so gut sein, wie wir geschult sind.“

▣ **Damoklesschwert: Zoonose**

Eine große Herausforderung für die Veterinärinnen und Veterinäre im öffentlichen Dienst sieht Dr. Marquardt im Bereich Tierseuchen und Zoonosen, wie beispielsweise der Vogelgrippe, die auf den Menschen übertragen werden können. Letztere hängen nach Angaben des LbT-Vorsitzenden „wie ein Damoklesschwert“ über uns. Bei der Afrikanischen Schweinepest sei man schon lange im Krisenmodus und „man kann erkennen, dass Maßnahmen fruchten“. Doch es sei besonders problematisch, neu auftretenden Tierseuchen Herr zu werden – gerade wenn sie auf Menschen übertragen werden können und Impfstoffe fehlen. „Hier ist der Staat über lange Zeit massiv in der Pflicht, um die Veterinärämter und amtlichen Labore arbeitsfähig zu halten und Belas-

tungsspitzen abzufangen. Denn viele Seuchen bleiben und neue ereignen sich überraschend.“

▣ **Warnung vor der „Blackbox“**

Gründe für diese Entwicklung sieht Dr. Marquardt im „Zusammenspiel von Klimawandel und der Globalisierung mit ihren weltweiten Vertriebswegen“. Als Beispiel nennt er die Tigermücke, „die sich bei uns ausbreitet und viele Erreger übertragen kann, die hier bislang unbekannt waren“.

Darüber hinaus lauere laut Dr. Marquardt gerade im tropischen Bereich noch Gefahr, wo der Mensch zunehmend in neue Naturräume vordringt. „Das ist eine Blackbox – niemand weiß, was da noch kommt.“ Für den Veterinärdienst sei aber jetzt schon klar, dass „etwas passieren wird. Etwas ist im Anmarsch.“ Deshalb müsse man reaktionsfähig bleiben. „Wir müssen präventiv Strategien erarbeiten und vorher funktionierende Strukturen schaffen. Nicht wie bei Corona“, fordert er. Die Tierärztinnen und Tierärzte im öffentlichen Dienst spielten bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle. Und genau deshalb sei der Beruf etwas Besonderes: „Viele studieren Tiermedizin, weil sie Tieren helfen wollen. Wir schützen Tiere und Menschen im großen Maßstab. Und das ist sehr erfüllend.“

schutz zuständig, für Tierarzneimittel, amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchungen, Tiergesundheitsvorsorge und die aktive Bekämpfung von Tierseuchen wie die Afrikanische Schweinepest, die derzeit zum Beispiel auch im Norden Baden-Württembergs grassiert. Aber auch die Überwachung von Lebensmitteln und dem grenzüberschreitenden Tier- und Warenverkehr gehört zu unseren Aufgaben.“ Dass der politische und gesellschaftliche Anspruch im Tierschutz weiter wachse, werde für manche Landwirtschaftsbetriebe allerdings zum Problem: „Jede Ecke im Stall ist reguliert, während gleichzeitig die Ansprüche im Lebensmittelbereich und Hygienestandards höher werden.“



Landesrealschultag mit Wiederwahl und Volksantrag

Ein fester Platz für Realschulen

Nicht nur Wahlen, sondern auch der Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“ standen auf der Agenda des Landesrealschultags in Herrenberg.

„Wir leben Realschule“ – unter diesem Motto trafen sich am 13. Oktober 2025 die Delegierten des Realschullehrerverbands (RLV) und zahlreiche Gäste in Herrenberg. Die Delegiertenversammlung bestätigte die RLV-Vorsitzende Dr. Karin Broszat einstimmig für eine weitere Legislatur im Amt.

Harmonische Töne gab es bei der musikalischen Eröffnung des öffentlichen Teils des Landesrealschultags durch die Bläserklasse 7b der Realschule Althengstett sowie bei den Grußworten. Den Auftakt machte die baden-württembergische Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Theresa Schopper, gefolgt vom Oberbürgermeister von Herrenberg, Nico Reith, und dem Bundesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Ralf Neuschwender.

■ Für ein mehrgliedriges Schulsystem

„Klar für ein mehrgliedriges Schulsystem, in dem auch die Realschulen einen festen Platz haben“, sprach sich der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger aus. Zudem wandte er sich „explizit gegen den Vorschlag“ von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, Lehrkräfte nicht mehr zu verbeamen.

■ Zukunft der Realschulen

Bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Wahl 26 – hat die Realschule aus Sicht Ihrer Partei danach noch eine Zukunft als eigenständige Schulart in Baden-Württemberg?“ kamen die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen – Thomas Poreski (Grüne), Andreas Sturm (CDU), Katrin Steinhülb-Joos (SPD) und Dr. Timm Kern (FDP)



> Für ein mehrgliedriges Schulsystem sprachen sich die RLV-Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat und der BBW-Landesvorsitzende Kai Rosenberger aus.

– zum Zug. Die RLV-Vorsitzende Dr. Karin Broszat forderte eine verbindliche Grundschulempfehlung – „auch für Realschulen“, die seit dem Schuljahr 2024/2025 in Baden-Württemberg wieder verbindlich für Gymnasien ist, und stellte den von ihr initiierten Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“ vor. ■

Arbeitstagung RBV Stuttgart

Terminkorrektur

Der Regierungsbezirksverband Stuttgart tagt bereits am 25. November 2025, 10 Uhr, in Esslingen. Bei der Terminankündigung in der Oktoberausgabe hat sich leider ein Fehler eingeschlichen.



> Über die verbindliche Grundschulempfehlung für Realschulen diskutierten BBW-Chef Kai Rosenberger, Herrenbergs Oberbürgermeister Nico Reith, Kultusministerin Theresa Schopper, der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neuschwender, der stellvertretende Referatsleiter für Kultus, Jugend und Sport, Dieter Beck-Langhammer, und die Landesvorsitzende des Philologenverbands, Martina Scherer (von links im Uhrzeigersinn).



Wir suchen als Mutterschutz- und Elternzeitvertretung unserer juristischen Referentin befristet zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

Volljurist (m/w/d)

als juristischen Referenten (m/w/d) in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart. Teilzeit ist möglich.

Wir, der **BBW – Beamtenbund Tarifunion** (BBW), sind eine gewerkschaftliche Spitzenorganisation für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg. Unter unserem Dach sind 50 Mitgliedsverbände mit rund 140.000 Mitgliedern zusammengeschlossen.

Die Tätigkeit umfasst im Wesentlichen:

- die Bearbeitung von Fragen des öffentlichen Dienstrechts, des Arbeits- und Tarifrchts
- die Betreuung von Mitgliedern und Gremien

Wir erwarten von Ihnen:

- gute Rechtskenntnisse
- Interesse an verbandspolitischen Themen im Bereich des öffentlichen Dienstes
- Selbstständiges Arbeiten und Teamfähigkeit

- hohe Kommunikationsfähigkeit und Flexibilität
- erste praktische Erfahrung ist von Vorteil

Wir bieten Ihnen:

- eine interessante, vielseitige und verantwortungsvolle Tätigkeit
- ein kollegiales freundliches Team
- eine Vergütung in Anlehnung an den TV-L höherer Dienst
- flexible Arbeitszeiten, mit denen sich Beruf und Privatleben gut vereinbaren lassen
- eigenes Büro mit guter ÖPNV-Anbindung und kostenfreien Parkplätzen
- Fahrtkostenzuschuss und vermögenswirksame Leistungen
- 30 Tage Urlaub
- eine individuelle und persönliche Einarbeitung

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins per E-Mail an bewerbung@bbw.dbb.de. Weitere Informationen über uns finden Sie unter www.bbw.dbb.de

Einführung in das Personalvertretungsrecht Baden-Württemberg für neugewählte und nachgerückte Personalratsmitglieder



Termin:

- 3.+4. Februar 2026
(Anmeldeschluss
7.1.2026)
- 9.30 – 16.30 Uhr
- Baiersbronn,
Waldhotel Sommerberg

Teilnahmegebühr:

495 €

Wir weisen darauf hin,
dass die Freistellung und
Kostenübernahme in
**§ 41 Abs. 1 und § 44 Abs. 1
LPVG BW** geregelt sind.

Zielgruppe:

Neugewählte
Personalratsmitglieder sowie
nachgerückte
Ersatzmitglieder, aber auch
Personalsachbearbeiterinnen
und Personalsachbearbeiter.

Zum Seminar:

Das Einführungsseminar zum
LPVG bietet einen soliden
Überblick über die Aufgaben
der Personalvertretung und
ihrer Mitglieder. Es hilft den
Neugewählten und
Nachrückern sich mit dem
Personalvertretungsgesetz
vertraut zu machen und
dadurch zu verstehen, was

ihre Aufgaben, aber auch
ihre Rechte sind. Auf diese
Weise wird eine effektive
Personalratsarbeit
ermöglicht.

Das Seminar bietet neben
der reinen Wissensvermitt-
lung viele Beispielfälle aus
der Praxis und auch
genügend Raum für den
Austausch der Teilnehmenden
untereinander und mit dem
Referenten.

Themen werden unter
anderem sein:

- Sinn und Zweck von
Personalvertretungen
- Rechtsstellung, Rechte und
Pflichten der Mitglieder
- Dienstbefreiung und
Freistellung
- Schutz der Mitglieder vor
Kündigungen,
Versetzungen,
Abordnungen und
Zuweisungen
- Geschäftsführung des
Personalrats
- Sprechstunden des
Personalrats
- Beteiligungsrechte
(Anhörung, Mitwirkung
und Mitbestimmung)

- Einigungsstellenverfahren
- Dienstvereinbarungen
- Vierteljahresgespräch
- Personalversammlung
- Rechtsschutz

Referent:

Diplom Verwaltungswirt und
Assessor Jur. Matthias
Schütte, LL.M., M.A.,
zertifizierter Mediator und
zertifizierter Coach,
langjähriger Seminartrainer
der VWA Baden, ehemaliger
Personalleiter der Universität
Mannheim, Hochschuldozent
und Buchautor (Schütte:
Kleines Handbuch für die
Personalratsarbeit in Baden-
Württemberg, 2024, dbb
Verlag, 272 S.).



BBW-Chef bei der Arbeitstagung des Regierungsbezirksverbands Tübingen In der PKV stehen Beitragserhöhungen ins Haus

Bei der Arbeitstagung des Regierungsbezirksverbands (RBV) Tübingen, die am 21. Oktober 2025 in Balingen stattfand, informierte BBW-Chef Rosenberger die Tagungsteilnehmenden über die voraussichtlich anstehenden Beitragserhöhungen in der privaten Krankenversicherung (PKV) und der privaten Pflegeversicherung (PPV). Laut PKV-Verband, so Rosenberger,

müsse hinsichtlich absehbarer Kostensteigerungen bei der PKV für Versicherte in beihilfekonformen Tarifen von einer durchschnittlichen Beitragsanpassung von etwa 11 Prozent und bei der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) in der Tarifstufe für Beihilfeberechtigte (PVB) von durchschnittlich 6 Prozent gerechnet werden. Detailliert über die anstehenden

Beitragserhöhungen und weitere Themen der Arbeitstagung

wird das BBW Magazin in seiner Dezemberausgabe berichten. ■



Mehrumsatz durch Privatpatienten

Resümees und Prognosen beim PKV-Herbstfest



> Viel zu besprechen gab es zwischen PKV-Vorsitzendem Thomas Brahm, BBW-Chef Kai Rosenberger und PKV-Geschäftsführer und -Direktor Dr. Florian Reuther (von links).

Um die Bedeutung von Privatpatientinnen und -patienten für das Gesundheitssystem ging es beim Herbstfest des PKV-Verbandes am 8. Oktober im Hamburger Bahnhof in Berlin. BBW-Chef Kai Rosenberger, der zu der Veranstaltung nach Berlin gereist war, berichtet: „Von den Krankenversicherten in Deutschland sind aktuell 10,4 Prozent privat krankenversichert. Gut die Hälfte hiervon sind Beamtinnen und Beamte mit Beihilfeanspruch.“

Laut PKV-Angaben tragen diese 10,4 Prozent der privat Versicherten mit 21,4 Prozent zur Finanzierung der ambulanten ärztlichen Versorgung bei. „Ohne den Mehrumsatz durch privat Versicherte sähe es finanziell für die Praxen deutlich schlechter aus“, sagt Rosenberger. Allein in Baden-Württemberg bedeutet dies laut PKV für jede Arztpraxis Mehreinnahmen von mehr als 84.000 Euro pro Jahr (mehr dazu siehe Editorial Seite 2 und 3). ■

Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) in Karlsruhe

Stabwechsel im Landesvorstand

Dr. Pierre Holzwarth wurde beim DJG-Gewerkschaftstag am 9. Oktober 2025 zum neuen Landesvorsitzenden der DJG Baden-Württemberg gewählt. An seiner Seite stehen ab sofort Thorsten Klay als stellvertretender Landesvorsitzender und Geschäftsführer sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Renate Conrath, Diana-Isabel Bauer und Regina Jank.

Der langjährige Landesvorsitzende Reinhard Ringwald und der bisherige stellvertretende

Vorsitzende Rudy Siefertmann wurden in Anerkennung ihres jahrzehntelangen Engagements zu Landesehrenvorsitzenden ernannt.

BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger dankte dem scheidenden Vorstand für die gute Zusammenarbeit und sicherte der neuen Führungsspitze weiterhin „konstruktive, engagierte Kooperation“ zu.

Dr. Holzwarth nannte als Ziel seiner verbandspolitischen Arbeit „eine frühzeitige, fachlich

fundierte und partnerschaftliche Einbindung in politische

und administrative Entscheidungsprozesse“. ■



> Hintere Reihe (von links) Thorsten Klay, BBW-Chef Kai Rosenberger, die Bundesvorsitzende der DJG, Beatrix Schulze, Renate Conrath sowie der Landesvorsitzende Dr. Pierre Holzwarth; vordere Reihe (von links) Petra Grundmann, Diana-Isabel Bauer und Regina Jank

Seminare 2026



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie



Personalmarketing, Employer Branding und Personalbindung (B003 CH)

- 26. Februar 2026
(Anmeldeschluss 22. Januar 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Karlsruhe
- 106 Euro für Mitglieder

Dienstrecht (B001 CH)

- 3.–5. März 2026
(Anmeldeschluss 26. Januar 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Herrenberg
- 498 Euro für Mitglieder

Digitalisierung und mentale Gesundheit (B004 CH)

- 18./19. März 2026
(Anmeldeschluss 11. Februar 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Karlsruhe
- 332 Euro für Mitglieder

Fit und gut vorbereitet in den Ruhestand (B005 CH)

- 27./28. April 2026
(Anmeldeschluss 23. März 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Baiersbronn
- 332 Euro für Mitglieder

Fit und stark durch Gesundheits- prävention (B007 CH)

- 23./24. Juni 2026
(Anmeldeschluss 18. Mai 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Baiersbronn
- 332 Euro für Mitglieder

Personalmanagement (B006 CH)

- 5.–7. Juli 2026
(Anmeldeschluss 1. Juni 2026)
- 5. Juli, 14 Uhr–7. Juli, 12:30 Uhr
- Baiersbronn
- 332 Euro für Mitglieder

Gesundheitsmanagement – Ernährung (B225 CH)

- 7. Oktober 2026
(Anmeldeschluss 31. August 2026)
- 9–12 Uhr
- online
- 20 Euro für Mitglieder

Konflikttraining – Selbstverteidigung und Gewaltprävention im öffentlichen Dienst (B009 CH)

- 14./15. Oktober 2026
(Anmeldeschluss 9. September 2026)
- 9–16:30 Uhr
- Herrenberg
- 332 Euro für Mitglieder

Weitere Informationen sowie unser
Anmeldeformular finden Sie unter
www.bbw.dbb.de/service/seminare.



Der BBW: Einer für alle.

Was ist der BBW?

Im BBW sind 50 Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors unter einem Dach vereint. Der BBW ist parteipolitisch unabhängig und hat mehr als 140.000 Mitglieder.

Wen vertritt der BBW?

Der BBW ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte im Landesdienst und in der Kommunalverwaltung Baden-Württemberg. Gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften vertritt der BBW aber auch Tarifbeschäftigte.

Was macht der BBW?

Der BBW setzt sich gezielt für die Rechte und Interessen von Beamten, Versorgungsempfängern und Tarifbeschäftigten ein – zum Beispiel dafür, dass alle gleichermaßen an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Deshalb stehen wir im ständigen Dialog mit der Landesregierung und sind in Politik und Öffentlichkeit präsent.

Welche Ziele verfolgt der BBW?

Ein wichtiges Ziel des BBW ist, die öffentliche Verwaltung für eine moderne Gesellschaft zukunftssicher zu machen. Voraussetzungen dafür sind unter anderem eine leistungsstarke Verwaltung, ein modernes Dienstrecht, der Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags, eine leistungsbezogene Verwaltung, flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein funktionierendes Gesundheitsmanagement.



BBW
Beamtensbund
Tarifunion

Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart
Telefon 0711/16876-0 · E-Mail bbw@bbw.dbb.de

Mehr Informationen: www.bbw.dbb.de